

Drucksache:  
**0132/2018/IV**

Datum:  
28.06.2018

Federführung:  
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Sachstandsbericht zur Verlagerung des  
Ankunftsentrums in Patrick Henry Village (PHV)**

## Informationsvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 26. Juli 2018

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	11.07.2018	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Gemeinderat	24.07.2018	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Sachstandsbericht zur Verlagerung des Ankunftsentrums in Patrick Henry Village (PHV) zur Kenntnis.*

**Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
• keine	
<b>Einnahmen:</b>	
• keine	
<b>Finanzierung:</b>	
• keine	
<b>Folgekosten:</b>	
• keine	

**Zusammenfassung der Begründung:**

Das Land steht zu seiner Zusage einer Verlagerung des Ankunftsentrums. Aufgrund der noch laufenden Untersuchung möglicher Alternativstandorte ist nach vorläufiger Rückmeldung des Landes vor der Sommerpause jedoch noch keine abschließende Aussage über einen Alternativstandort und einen konkreten Zeitplan möglich. Herr Markus Rothfuß, Referatsleiter beim Regierungspräsidium Karlsruhe, Abt. 9, Flüchtlingsangelegenheiten, wird im Haupt- und Finanzausschuss am 11.7.2018 einen aktuellen Sachstandsbericht abgeben. Das Amt für Baurecht und Denkmalschutz sieht die Möglichkeit, die formal bis zum 20.09.2018 ausgesprochene Duldung ggf. bis auf Weiteres zu verlängern.

# Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.07.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.07.2018

## 1.1 Sachstandsbericht zur Verlagerung des Ankunftsentrums in Patrick Henry Village (PHV) Informationsvorlage 0132/2018/IV

Herr Rothfuß (Referatsleiter beim Regierungspräsidium Karlsruhe, Abteilung 9, Flüchtlingsangelegenheiten) nimmt wie folgt Stellung zur aktuellen Situation:

Von Seiten der Landesregierung könne klargestellt werden, dass bezüglich der Verlagerung ein neuer Standort für ein Ankunftszentrum, nicht für ein Ankerzentrum, gesucht werde. Das Ankunftszentrum ergänze die Aufgaben einer Erstaufnahmeeinrichtung um eine Verfahrensfunktion (Registrierung, erkennungsdienstliche Behandlung, Gesundheitsuntersuchung, Asylantragstellung, Anhörung). Es werde hier kein Rückführungszentrum und somit kein Ankerzentrum geben.

Das Land sei der Stadt sehr dankbar für die bisherige Unterstützung und stehe zu der Aussage, dass die Fläche in Patrick Henry Village (PHV) nur vorübergehend genutzt werde. Regierungspräsidentin Kressl habe nach Rücksprache mit dem Innenministerium in Aussicht gestellt, bis spätestens Ende des Jahres 2018 der Stadt Heidelberg einen verbindlichen Zeitplan zur Verfügung zu stellen. Diese Aussage habe nach wie vor Bestand. Das Land wolle das Ankunftszentrum von PHV verlagern.

Momentan seien verschiedene Standortoptionen einer genauen Prüfung unterzogen worden (liegenschaftliche und technische Prüfung, Kostenermittlung, Einbindung der Kommunen und der Politik). Leider gebe es nicht an allen Standorten optimale Ausgangsvoraussetzungen. Gerade hinsichtlich der Erwartung eines verlässlichen und verbindlichen Zeitplans benötige man für die Ausarbeitung eines solchen noch etwas Zeit. Er betont jedoch abschließend, das Thema sei sehr hoch priorisiert und viele Stellen beschäftigten sich sehr intensiv damit. Spätestens Ende 2018 soll der verbindliche Zeitplan zur Verlagerung vorliegen. Sobald man mehr wisse, werde die Stadt entsprechend informiert.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner ergänzt, er habe am Montag mit dem Innenminister gesprochen. Dieser habe ihm ebenfalls zugesichert, dass es keine Pläne für ein Ankerzentrum gebe. Hinsichtlich des Zeitplans gebe es weiterhin die klare Zusage, dass die Fläche PHV keine längerfristige Lösung sei, ein genauer Zeitpunkt der Verlagerung sei jedoch nach wie vor nicht bekannt.

Stadtrat Dr. Gradel bringt den **Antrag** der CDU-Fraktion (Anlage 01 zur Drucksache 0132/2018/IV) in die Diskussion ein und begründet diesen:

Der Gemeinderat spricht sich gegen eine weitere Duldung aus, solange das Land keinen konkreten Termin zur Räumung des Patrick Henry Village (PHV) mitteilt. Wir beantragen, dass die baurechtliche Duldung ohne diesen konkreten Termin nicht über den 20.09.2018 hinaus verlängert wird. Darüber hinaus lehnt der Heidelberger Gemeinderat ab, dass das PHV zum Ankerzentrum wird. Heidelberg hat seit 2015 Verantwortung übernommen und Land und Bund beim Bewältigen der Migrationskrise unterstützt. Als wachsende und attraktive Stadt benötigt Heidelberg die PHV-Flächen in den nächsten Jahren zur Stadtentwicklung (Wohnen, Arbeit, Wissenschaft, Forschung). Wir fordern daher zeitnah einen konkreten Räumungszeitpunkt von Land und Bund.

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Deckwart-Boller, Stadtrat Diefenbacher, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Dr. Gradel

In der kurzen Aussprache geht es darum, ob der Antrag der CDU notwendig sei, wenn – wie heute von Herrn Rothfuß vorgetragen – die Aussage des Landes bestehe, dass bis Ende des Jahres ein Zeitplan vorgelegt werde. Andererseits werde es als wichtig angesehen, von Seiten des Gemeinderates nochmal eine Frist und damit ein Signal zu setzen, dass endlich konkrete Aussagen von Seiten des Landes getätigt werden müssen.

Abschließend wird vorgeschlagen, die Frist im Antrag der CDU auf den 31.12.2018 zu ändern, da dies auch der Zusage von Herrn Rothfuß entspreche.

Mit Zustimmung von Stadtrat Dr. Gradel stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner den **Antrag** der CDU wie folgt **modifiziert** zur Abstimmung:

Der Gemeinderat spricht sich gegen eine weitere Duldung aus, solange das Land keinen konkreten Termin zur Räumung des Patrick Henry Village (PHV) mitteilt. Wir beantragen, dass die baurechtliche Duldung ohne diesen konkreten Termin nicht über den **31.12.2018** hinaus verlängert wird. Darüber hinaus lehnt der Heidelberger Gemeinderat ab, dass das PHV zum Ankerzentrum wird. Heidelberg hat seit 2015 Verantwortung übernommen und Land und Bund beim Bewältigen der Migrationskrise unterstützt. Als wachsende und attraktive Stadt benötigt Heidelberg die PHV-Flächen in den nächsten Jahren zur Stadtentwicklung (Wohnen, Arbeit, Wissenschaft, Forschung). Wir fordern daher zeitnah einen konkreten Räumungszeitpunkt von Land und Bund.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 12 : 1 : 3 Stimmen**

Danach nimmt der Haupt- und Finanzausschuss die Informationsvorlage ohne weiteren Aussprachebedarf zur Kenntnis.

**Beschlussempfehlung Haupt- und Finanzausschusses:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderates:*

*Der Gemeinderat spricht sich gegen eine weitere Duldung aus, solange das Land keinen konkreten Termin zur Räumung des Patrick Henry Village (PHV) mitteilt. Wir beantragen, dass die baurechtliche Duldung ohne diesen konkreten Termin nicht über den **31.12.2018** hinaus verlängert wird. Darüber hinaus lehnt der Heidelberger Gemeinderat ab, dass das PHV zum Ankerzentrum wird. Heidelberg hat seit 2015 Verantwortung übernommen und Land und Bund beim Bewältigen der Migrationskrise unterstützt. Als wachsende und attraktive Stadt benötigt Heidelberg die PHV-Flächen in den nächsten Jahren zur Stadtentwicklung (Wohnen, Arbeit, Wissenschaft, Forschung). Wir fordern daher zeitnah einen konkreten Räumungszeitpunkt von Land und Bund.*

**gezeichnet**

Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung  
*Ja 12 Nein 0 Enthaltung 3*

## Sitzung des Gemeinderates vom 24.07.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 24.07.2018:

### 10 Sachstandsbericht zur Verlagerung des Ankunftsentrums in Patrick Henry Village (PHV) Informationsvorlage 0132/2018/IV

Der Oberbürgermeister verweist auf das als Tischvorlage verteilte Beratungsergebnis des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.07.2018.

Da von Seiten des Gemeinderates kein erneuter Diskussionsbedarf besteht, stellt er die Informationsvorlage mit der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zur Abstimmung:

#### **Beschluss des Gemeinderates:**

*Der Gemeinderat spricht sich gegen eine weitere Duldung aus, solange das Land keinen konkreten Termin zur Räumung des Patrick Henry Village (PHV) mitteilt. Wir beantragen, dass die baurechtliche Duldung ohne diesen konkreten Termin nicht über den **31.12.2018** hinaus verlängert wird. Darüber hinaus lehnt der Heidelberger Gemeinderat ab, dass das PHV zum Ankerzentrum wird. Heidelberg hat seit 2015 Verantwortung übernommen und Land und Bund beim Bewältigen der Migrationskrise unterstützt. Als wachsende und attraktive Stadt benötigt Heidelberg die PHV-Flächen in den nächsten Jahren zur Stadtentwicklung (Wohnen, Arbeit, Wissenschaft, Forschung). Wir fordern daher zeitnah einen konkreten Räumungszeitpunkt von Land und Bund.*

**gezeichnet**  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Beschluss  
*Ja 31 Nein 4 Enthaltung 2*

## **Begründung:**

### **Aktuelle Situation**

Im Dezember 2014 hat das Land in Heidelberg, Patrick-Henry-Village, ein Winternotquartier für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Betrieb genommen. Dem hatte der Gemeinderat in seiner Sitzung am 13. November 2014 zugestimmt. Seither hat sich PHV zunächst zu einem zentralen Registrierungszentrum des Landes und dann zu einem sogenannten Ankunftszentrum entwickelt.

Der Gemeinderat hat am 25.06.2015 einer Verlängerung der Nutzung von PHV bis 30.04.2016 (siehe Drucksache 0158/2015/BV vom 11.05.2015), am 28.04.2016 einer Verlängerung bis 30.04.2017 (siehe Drucksache 0092/2016/BV vom 24.03.2016) und am 30.03.2017 (siehe Drucksache 0104/2017/BV) einer Verlängerung bis 30.04.2018 zugestimmt.

Um die städtebauliche Entwicklung der Flächen auf PHV nicht zu gefährden, bestand stets die Übereinkunft, dass das Areal lediglich übergangsweise durch das Land Baden-Württemberg genutzt wird.

Das Land hatte der Stadt Heidelberg in einem Schreiben von November 2017 mitgeteilt, dass es nach wie vor zu seinem Wort stehe, „... das Ankunftszentrum im PHV nur übergangsweise zu nutzen und das Areal binnen weniger Jahre freizumachen. [...]. Leider kann das Land Ihnen aber bis Ende November 2017 nicht den erbetenen Ablaufplan zur Verlagerung des Ankunftsentrums vorlegen [...]“, hieß es weiter. Das Innenministerium sei aber weiterhin bemüht, der Stadt Heidelberg vor Ablauf der aktuellen Nutzungsvereinbarung eine verbindliche Laufzeitplanung für das Ankunftszentrum zu übermitteln und werde nach Prüfung der in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie für die bauliche Eignung der Coleman Barracks in Mannheim als Anschlusslösung für das Ankunftszentrum in Heidelberg auf die Stadt zukommen.

Im Januar 2018 hatte der Oberbürgermeister den Innenminister in einem Schreiben erneut aufgefordert, der Stadt die zugesagte verbindliche Zeitplanung für die Verlagerung des Standortes Patrick-Henry-Village bis 15.02.2018 zukommen zu lassen, damit der Gemeinderat in seiner Sitzung am 1. März 2018 über die Verlängerung der Vereinbarung zwischen Stadt und Land beraten könne. Gleichzeitig wurde ein/e Vertreter/in des Landes zur Vorstellung der weiteren Planungen in die Gemeinderatsitzung eingeladen.

Als Vertreterin des Landes betonte Frau Regierungspräsidentin Kressl in dieser Sitzung, dass es zunächst um die baurechtliche Duldung gehe. Es sei schwierig, einen genauen Zeitpunkt zu nennen, bevor kein allgemeiner Zeitplan vorliege. Sie habe mit dem Innenministerium gesprochen und könne mitteilen, dass dieses bereit sei, sich mit der Stadt auf einen konkreten Zeitpunkt für die Freigabe von PHV zu einigen. Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner ergänzte, er habe die Information erhalten, dass die Stadt einen detaillierten Zeitplan bis zum Ende dieses Jahres erhalten werde.

Im Anschluss an die Sitzung wurde durch das Amt für Baurecht und Denkmalschutz eine baurechtliche Duldung des Ankunftsentrums befristet bis zum 20.09.2018 ausgesprochen, da die bisherige baurechtliche Zustimmung zum Betrieb am 20.03.2018 auslief.

Nach weiterer Beratung im Haupt- und Finanzausschuss am 21.3.2018 beschloss der Gemeinderat am 12.4.2018, dass bis zu den Sommerferien eine erneute Beratung im Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Gemeinderat vorgesehen werde. In diesen Beratungen wolle man sich über das weitere Vorgehen bezüglich des Betriebs des Ankunftsentrums auf Patrick Henry Village (PHV) einigen.

Das Land steht nach wie vor zu seiner Zusage einer Verlagerung des Ankunftsentrums. Aufgrund der noch laufenden Untersuchung möglicher Alternativstandorte ist nach vorläufiger Rückmeldung des Landes vor der Sommerpause jedoch noch keine abschließende Aussage über einen Alternativstandort und einen konkreten Zeitplan möglich.

Herr Markus Rothfuß, Leitender Regierungsdirektor, Referatsleiter beim Regierungspräsidium Karlsruhe, Abt. 9, Flüchtlingsangelegenheiten, wird im Haupt- und Finanzausschuss am 11.07.2018 einen aktuellen Sachstandsbericht zur Verlagerung des Ankunftsentrums in Patrick Henry Village (PHV) abgeben.

## **Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg**

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

<b>Nummer/n: (Codierung)</b>	<b>+ / - berührt:</b>	<b>Ziel/e:</b>
WO 1	+	Wohnraum für alle, 8-10.000 Wohnungen mehr
WO 2	+	Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen, Konzentration auf den preisgünstigen Mietwohnungsmarkt <b>Begründung:</b> Das „Patrick Henry Village“ ist eine Konversionsfläche, die für die Entwicklung des Heidelberger Südwestens und der Gesamtstadt die dringend benötigten Wohn- und Entwicklungsflächen bietet. Das Areal soll deshalb in seiner Gesamtheit möglichst schnell einer zukunftsweisenden Nachnutzung zugeführt werden. Eine Nutzung als Ankunftszentrum des Landes ist deshalb nur befristet möglich. <b>Ziel/e:</b>
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen. <b>Ziel/e:</b>
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern <b>Ziel/e:</b>
SOZ 2	+	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen <b>Begründung:</b> Die Stadt hält weiterhin an ihrem dezentralen Integrationskonzept zur Unterbringung von Flüchtlingen fest. Zielsetzung ist, die Menschen gut in der Stadt zu integrieren, was mit Großquartieren nicht möglich ist. Die Stadt ist der Überzeugung, dass dies eine elementare Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist. Der Betrieb der Einrichtung PHV ist deshalb nur befristet möglich.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet  
Dr. Joachim Gerner

**Anlagen zur Drucksache:**

Nummer:	Bezeichnung
01	Sachantrag der CDU Fraktion vom 11.07.2018 (Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.07.2018)